

„Siegburger Konsens“ gegen Extremismus an Schulen

Wie viel politische Haltung darf und muss eine Lehrkraft zeigen? Als Antwort auf wachsende Unsicherheiten haben Pädagogen gemeinsame Leitlinien entwickelt

VON STEFAN SCHULT

SIEGBURG. Sichtlich bewegt war Siegburgs Bürgermeister Stefan Rosemann aus einem besonderen Grund: „Die Verabschiedung des Siegburger Konsens macht mich stolz, weil es ein deutliches Signal ist.“ Dazu wurden nun am Bildungscampus Neuenhof die Details des Projekts erläutert, dessen Konzept auch überregional auf Interesse stößt. „Es ist extrem wichtig, dass damit ein aktives Handeln verbunden ist“, so Rosemann weiter.

Der Siegburger Konsens ist das Ergebnis eines intensiven Prozesses. Nun können sich die Lehrkräfte an Siegburger Schulen an die Leitlinien des Konsens halten. Entstanden ist die Idee bereits 2024 im Rahmen der „BildungsWerkstadt“. In zahlreichen Workshops wurde die Frage diskutiert, wie Bildung in der Kreisstadt fortschrittlicher und zukunftssicher gestaltet werden kann. In der Folgezeit erarbeitete

eine Arbeitsgruppe bei regelmäßigen Treffen das Papier. Daraus entstand ein Zusammenschluss von rund 15 Pädagogen lokaler Schulen, die das Projekt weiterhin vorantreiben: „Lehrkräfte für Demokratie und Menschenrechte in Siegburg“.

Extremistische Vorfälle an Schulen häufen sich

Ein zentraler Punkt war die Neutralität. „Der Neutralitätsbegriff wurde oft falsch verstanden“, hieß es aus der Arbeitsgruppe. Viele Lehrkräfte fürchteten in der Vergangenheit, sich durch eine klare Positionierung angreifbar zu machen. Bei Unklarheiten könnten gefährliche Unsicherheiten entstehen. Diese „Zwischenräume“ seien in der Vergangenheit immer öfter von Extremisten besetzt worden, die Vorfälle an Schulen häuften sich.

Der Konsens soll hier Abhilfe schaffen, die Relevanz demokratischer Werte im Berufsalltag wider-



Zur Veranstaltung waren einige Lehrkräfte gekommen, auch Siegburgs Bürgermeister Stefan Rosemann war vor Ort.

FOTO: STEFAN SCHULT

spiegeln und die nötige Legitimation für ein Eingreifen herstellen. „Das Grundgesetz selbst ist nicht neutral“, betonte eine Lehrerin der Initiatorgruppe. Der Siegburger

Konsens stellt klar: Das Grundgesetz und der Diensteid verpflichten bereits zur Positionierung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Zwar biete der klassische und bestehende „Beutelsbacher Konsens“, also das Leitbild der politischen Bildung, bereits eine gute Orientierung. Doch die Siegburger Lehrerschaft sah die Notwendigkeit einer Bekräftigung und Konkretisierung. Es gehe den Lehrkräften zufolge darum, rechtssicheres Handeln zu garantieren. Denn Lehrer seien ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Schüler.

Der Siegburger Konsens verdeutlicht, dass Pädagogen auch außerhalb des Unterrichts, etwa auf dem Pausenhof oder bei Schulausflügen, eingreifen dürfen und müssen. Das Ziel sei ein Bewusstsein, in dem Lehrer mit ihrer eigenen Expertise handeln können. Dabei geht es dem Papier zufolge nicht darum, die Schüler zu beeinflussen - auch wenn das häufig den Lehrkräften unterstellt werde. Vielmehr sollen Kinder und Jugendliche eigene Schlüsse, basierend auf Fakten ziehen können.

Besonders der Einfluss von sozialen Medien sei der Arbeitsgruppe zufolge herausfordernd. In der täglichen Informationsflut gilt es, Lügen zu entlarven und Pauschalisierungen entgegenzuwirken. „Nicht jede Meinung ist gleichwertig“, so der Tenor. Es gehe um faktenbasierte Argumentation. Da Weltbilder und parteipolitische Prägungen oft aus dem Elternhaus mitgebracht werden, sieht der Konsens die Schule in der Pflicht, eigenständiges Denken anhand von belegbaren Fakten anzustoßen und zu diskutieren.

Laut der „Lehrkräfte für Demokratie und Menschenrechte in Siegburg“ ist der Rückhalt groß: Über die Hälfte der gesamten Siegburger Lehrerschaft habe das Dokument bereits unterzeichnet. Auch überregional sorgt das Papier für Aufsehen. Es gibt bereits zahlreiche Rückmeldungen aus Schulen aus ganz Deutschland.